

Vollzeitbeschäftigte mit Berufsausbildung im Niedriglohnsektor

Deutschland war lange Zeit für seine relativ ausgeglichene Einkommensverteilung bekannt. Doch in den letzten 10 – 20 Jahren hat sich die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt deutlich erhöht. Dies gilt sowohl für die Stabilität und Qualität der Arbeit wie die Verdienstmöglichkeiten. Immer mehr Menschen müssen für wenig Geld arbeiten. In diesem wachsenden Niedriglohnsektor sind insbesondere atypisch und prekär Beschäftigte tätig. Bereits 2006 bezog fast die Hälfte aller atypisch Beschäftigten einen Bruttoverdienst unterhalb der Niedriglohngrenze¹. Doch niedrige Verdienste sind keinesfalls auf diesen sich ausbreitenden Sektor begrenzt. Beschäftigte mit Berufsausbildung sind gleichfalls davon betroffen.

1. Umfang des Niedriglohnssektors bei Vollzeitbeschäftigten

In 2010 waren insgesamt 4,66 Mio. Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohn beschäftigt. Damit zählten insgesamt 22,8 Prozent der Vollzeitbeschäftigten – die Auszubildenden nicht mitgezählt – zu den Geringverdienern. Die bundesweite Niedriglohnschwelle für diese Vollzeitbeschäftigten lag Ende 2010 bei einem Bruttoentgelt von 1.802 Euro pro Monat; Sonderzahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld sind darin bereits berücksichtigt. Anknüpfend an internationale Analysen wird hier die Niedriglohnschwelle von 2/3 des nationalen Medianlohns zugrunde gelegt. Diese Niedriglohngrenze wird u. a. auch von der OECD, der Internationalen Arbeitsorganisation und in der Wissenschaft häufig verwendet. Sie definiert Niedriglöhne im Verhältnis zur Verteilung der Verdienste aller Beschäftigten – hier eingegrenzt auf sozialversicherte Vollzeitbeschäftigte.

Der Median ist der Wert, der genau in der Mitte einer Zahlenreihe liegt. Bezüglich der Lohnverteilung grenzt er die Beschäftigten in zwei gleiche Teile, die jeweils mehr bzw. weniger als den Medianlohn verdient. 50 % aller Beschäftigten beziehen ein Entgelt unterhalb des Medians und 50 % mehr oder genau in Höhe des Medians. Der Niedriglohn ist dann der Lohn, der um ein Drittel unter der Mitte der Lohnverteilung liegt. Grundlage der Berechnung ist hier die Entgeltstatistik der BA, die auf den Meldeverfahren zur Sozialversicherung beruht. Sie stellt eine bundesweite Vollerhebung aller sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten dar und keine Stichprobe – wie bei vielen anderen Untersuchungen.

¹ Statistisches Bundesamt: Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit, Wiesbaden, 2009, S. 15

Bruttoentgelte konnten nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze einbezogen werden. Zu den Niedriglohnempfängern zählen alle jene mit einem Bruttoeinkommen von weniger als zwei Drittel des Medianeinkommens.

Neben Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden auch Mehrarbeitszuschläge, Zulagen, Abfindungen, Gratifikationen, Familienzuschläge, etc. anteilig berücksichtigt. In die Berechnungen wurde das gemeldete Brutto-Entgelt zur Sozialversicherung und nicht nur die tarifliche Entlohnung eingestellt. Auswertbare Daten lagen 2010 für 20,499 Mio. sozialversicherte Beschäftigte mit Vollzeitjob (ohne Auszubildende) vor.

Zwischen Ost und West zeigten sich deutliche Unterschiede. Rund zwei Drittel der Vollzeitbeschäftigten sind in den alten Bundesländern erwerbstätig und ein Drittel in den neuen Ländern. Misst man ihr Gewicht am unterschiedlichen Beschäftigungsniveau in beiden Landesteilen, so ist der Niedriglohnanteil im Osten gut doppelt so hoch wie im Westen. Bei einer bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle lagen 2010 im Westen knapp 20 Prozent der Vollzeitbeschäftigten unter dieser Schwelle gegenüber 40 Prozent im Osten.

Verwendet man hingegen für beide Landesteile getrennte Schwellen, ergeben sich deutlich abweichende Grenzwerte. Damit wird dem Lohngefälle von West nach Ost und dem jeweiligen Preisniveau besser Rechnung getragen. Unterhalb von zwei Dritteln des westdeutschen Medians lagen dann 2010 im Westen Bruttolöhne von 1.890 Euro monatlich bzw. von 1.379 Euro im Osten. Betrachtet wird folglich nur das Lohngefälle innerhalb der beiden Landesteile und nicht mehr das gesamtdeutsche Gefälle insgesamt. Der Niedriglohnanteil liegt im Osten dann (mit 21,1 %) deutlich niedriger, aber immer noch leicht über dem westdeutschen Wert mit 20,8 %.

Tabelle 1:

Niedriglohnschwellen und Niedriglohnbeschäftigung von Vollzeitbeschäftigten im Jahr 2010

		Bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle	Getrennte Niedriglohnschwelle Ost und West
Niedriglohnschwelle (zwei Drittel des Medians, Vollzeit, brutto)		1.802 €	Westen: 1.890 € Osten: 1.379 €
Niedriglohnbeschäftigte absolut	Westen	3,096 Mio.	3,452 Mio.
	Osten	1,567 Mio.	0,826 Mio.
	Bund	4,664 Mio.	4,278 Mio.
Niedriglohnbeschäftigte Anteil in v. H.	Westen	18,7 %	20,8 %
	Osten	40,1 %	21,1 %
	Bund	22,8 %	20,9 %

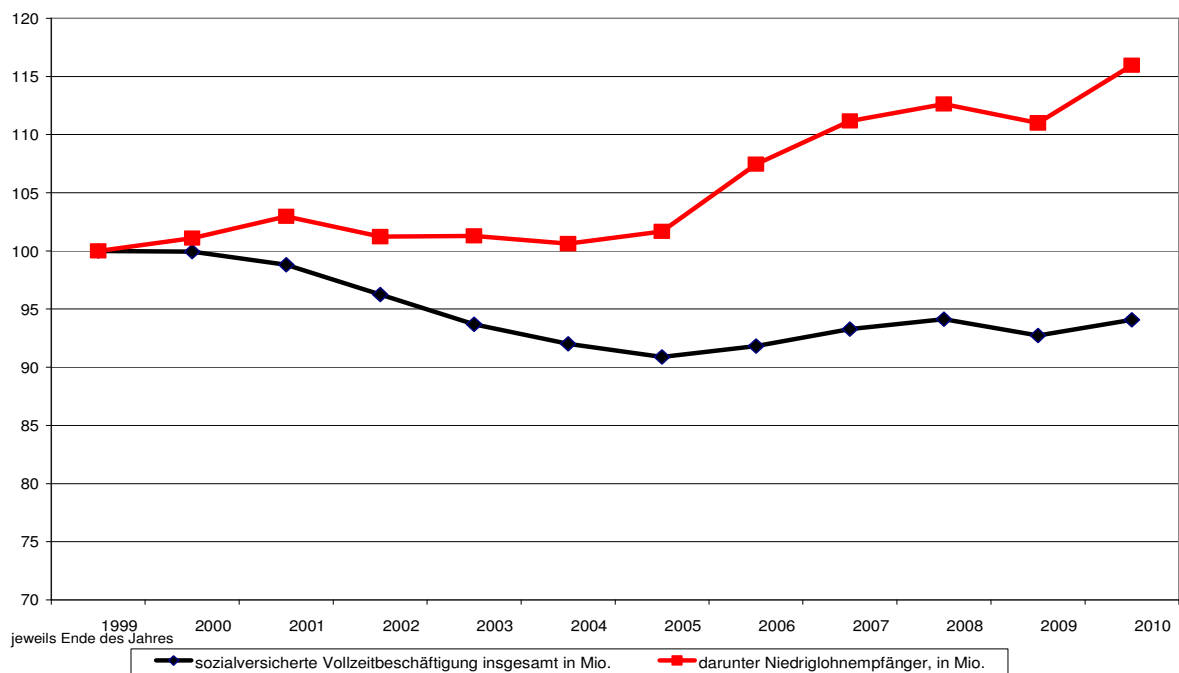
Quelle: Sonderauswertung der Entgeltstatistik der BA – Stichtag 31.12.2010

2. Entwicklung des Niedriglohnssektors

Innerhalb des letzten Jahrzehnts ist der Anteil der Geringverdiener auch unter den Vollzeitbeschäftigten bundesweit deutlich gestiegen – und zwar von 19,0 Prozent in 1999 auf 22,8 Prozent in 2010. Nahezu stetig erhöhte sich das Gewicht des Niedriglohnssektors, lediglich im Krisenjahr 2009 stagnierte der Anteil – infolge des überdurchschnittlichen Personalabbaus. In 2010 stieg die Rate aber nochmals an.

Schaubild 1:

Entwicklung der sozialversicherten Vollzeitbeschäftigung insgesamt und der Niedriglohnpfänger 1999-2010; 1999 = 100



Quelle: eigene Berechnungen nach: BA-Beschäftigungsstatistik sowie BA-Entgeltstatistik

Im Zeitablauf zeigen sich aber deutliche regionale Unterschiede. So hat sich der Niedriglohnssektor im Osten bis 2003 deutlich ausgeweitet, während der relative Anteil seit Mitte des letzten Jahrzehnts weitgehend stagniert. Im Westen hingegen ist ein stetiger Anstieg bis 2007 zu beobachten, der im Zeitraum von 2003 bis 2006 besonders stark war; in der Krise 2008 und 2009 waren die Veränderungen relativ gering, bei allerdings wieder deutlichen Zuwächsen in 2010. Die Niveauunterschiede zwischen den beiden Landesteilen haben sich kontinuierlich verringert; zwischenzeitlich erreicht das relative Gewicht des Niedriglohnssektors im Westen – bei differenzierten Messkonzepten – fast schon das Niveau der neuen Länder. Absolut stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im westdeutschen Niedriglohnssektor von rd. 2,8 Mio. in 1999 auf knapp 3,5 Mio. in 2010; im Osten stieg ihre Zahl im gleichen Zeitraum von knapp 804.000 auf rd. 826.000 Beschäftigte.

3. Niedriglohnrisiko und Qualifikationsniveau

Das Qualifikationsniveau hat einen großen Einfluss auf die Verdienstchancen und die Wahrscheinlichkeit, im Niedriglohnsektor beschäftigt zu sein. Besonders hoch ist das Niedriglohnrisiko für Beschäftigte ohne Berufsabschluss und sinkt mit steigendem Bildungsgrad.

Bei bundeseinheitlicher Niedriglohnschwelle zählten in den neuen Ländern 2010 gut die Hälfte (53,4 %) aller Vollzeitbeschäftigten ohne Berufsausbildung zu den Geringverdienern und 30 % in den altern Ländern; bei jenen mit Fach- und Hochschulausbildung lag die Quote bei 7,9 % (Ost) bzw. 3,5 % (West); absolut waren dies aber gut 100.000 Akademiker, die im Niedriglohnsektor tätig waren.

Auch bei den Vollzeitbeschäftigten mit Berufsabschluss lag die Niedriglohnquote bundesweit 2010 immer noch bei etwa einem Fünftel (19,1 %). Absolut hat sogar die Hälfte der Niedrigentlohnnten eine abgeschlossene Ausbildung. Immerhin gut 2,4 Mio. Vollzeitbeschäftigte mit beruflicher Ausbildung zählen zu den Geringverdienern. Bei bundeseinheitlicher Betrachtungsweise waren im Osten knapp 40 % der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor tätig. Das Niedriglohnrisiko war deutlich höher als im Westen, wo 14 Prozent aller sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten mit beruflicher Ausbildung zu einem Niedriglohn beschäftigt wurden.

Schaubild 2:

Bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle 2010 und 1999



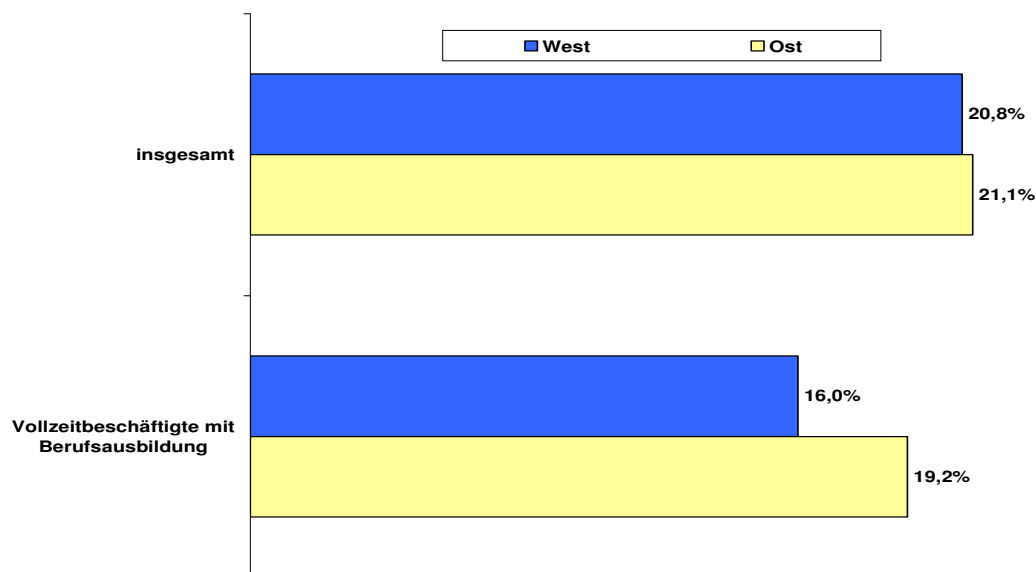
Quelle: eigene Berechnungen nach: Sonderauswertung der BA-Entgeltstatistik

Differenziert man stärker zwischen Ost und West und legt die jeweils landesspezifischen Niedriglohnschwellen zugrunde, zeigt sich folgendes Bild:

Im Westen zählen dann 16,0 % aller sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten mit Berufsausbildung zu den Niedriglohnbeschäftigten, die monatlich weniger als 1.890 Euro brutto verdienen. Im Osten lag die Niedriglohnschwelle demgegenüber bei 1.379 Euro im Monat; immerhin 19,2 % der ostdeutschen Beschäftigten mit Berufsausbildung fielen unter diese Niedriglohnschwelle. Zehn Jahre zuvor war das Niedriglohnrisiko in beiden Landesteilen noch deutlich niedriger. Im Westen lag die Quote 1999 bei 13,4 % und bei 17,3 % in den neuen Ländern; die Quote hat sich im Westen noch etwas stärker erhöht als im Osten und folglich die Unterschiede leicht verringert.

Schaubild 3:

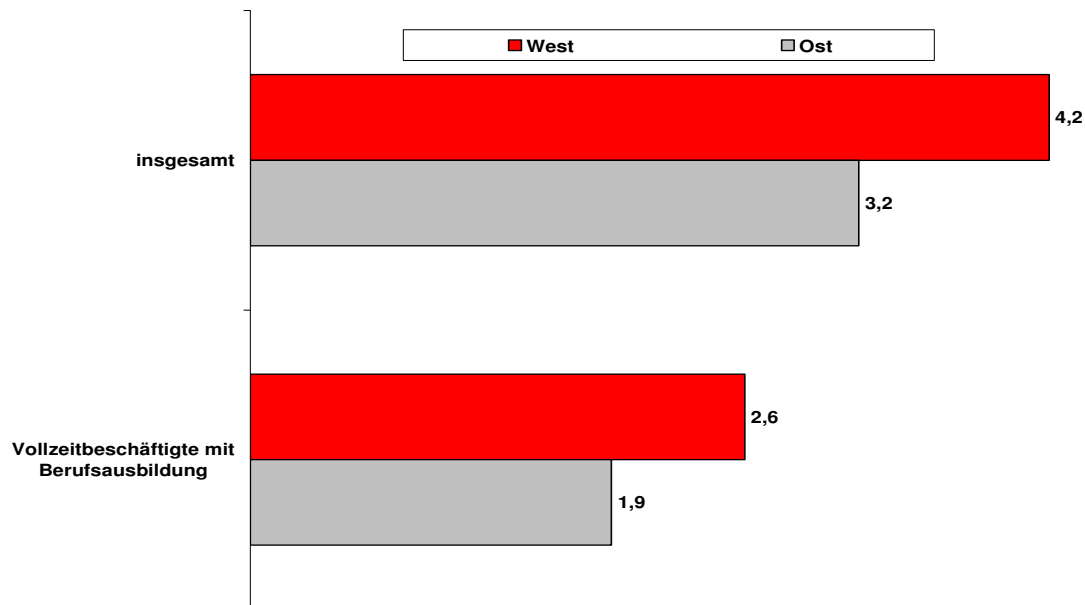
Niedriglohnrisiko von Vollzeitbeschäftigten mit Berufsausbildung 2010 bezogen auf die jeweilige west- bzw. ostdeutsche Niedriglohnschwelle



Quelle: eigene Berechnungen nach: Sonderauswertung der BA-Entgeltstatistik

Schaubild 4:

Veränderung 1999 bis 2010



Quelle: eigene Berechnungen nach: Sonderauswertung der BA-Entgeltstatistik

Das Ausmaß des Niedriglohnssektors kann mehrheitlich nicht allein auf eine unzureichende Qualifikation der Beschäftigten zurückgeführt werden.² Richtig ist allerdings, dass beruflich Qualifizierte längst nicht immer qualifikationsgerecht beschäftigt werden oder eine Tätigkeit im erlernten Beruf finden. Qualifikationsinadäquate Beschäftigung geht schnell mit Dequalifizierung einher und entwertet erworbene berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten und kann so Fachkräftemangel begünstigen.

Berufliche Qualifikation ist zwar ein wichtiger Faktor, der die Verdiensthöhe positiv beeinflussen kann. Je höher die Qualifikation, desto niedriger ist grundsätzlich auch die Wahrscheinlichkeit, auf eine schlechte Bezahlung verwiesen zu sein. Niedrigentlohnung für Vollzeitbeschäftigte mit Berufsabschluss ist aber keinesfalls eine Seltenheit mehr. Auch in den alten Bundesländern ist ein Siebtel der Vollzeitbeschäftigten mit Berufsabschluss im Niedriglohnssektor tätig; im Vergleich zu jenen ohne Berufsabschluss ist das Niedriglohnrisiko aber nur etwa halb so hoch.

Innerhalb des Beobachtungszeitraums hat sich das Niedriglohnrisiko für alle Qualifikationsstufen in beiden Landesteilen erhöht; besonders stark zugenommen hat dieses Risiko für die Geringqualifizierten in den alten Ländern, absolut hat ihre Zahl aber

² Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft: Der Niedriglohnssektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe, Berlin August 2011

abgenommen; da zugleich die generellen Beschäftigungschancen für diese Personengruppen noch stärker reduziert wurden, hat für die verbleibenden Beschäftigten die Niedriglohnproblematik noch an Gewicht gewonnen; dies gilt auf leicht niedrigerem Niveau auch für jene mit Berufsabschluss in den neuen Ländern. Absolut wie anteilmäßig sind hingegen Zuwächse bei westdeutschen Beschäftigten mit beruflicher Ausbildung sowie in Ost und West bei Akademikern festzustellen. Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten stieg hier stärker als die generellen Beschäftigungschancen für diese Personengruppen, was zu einem steigenden Niedriglohnanteil führte.

Bemerkenswert ist, dass sich die steigende Zahl der Niedriglohnempfänger mit Berufsabschluss auf die alten Bundesländer konzentriert, während sie sich in den neuen Ländern im Zeitablauf – und zwar seit Mitte des letzten Jahrzehnts – leicht vermindert; sie liegt hier aber immer noch auf einem deutlich höheren Niveau. Neben dem generell niedrigeren Lohnniveau und dem oftmals höheren Anteil der ostdeutschen Beschäftigten mit Berufsabschluss dürfte dies sicherlich durch den mit dem Einigungsprozess einhergehenden Qualifikationsverlust bei einem Teil der ostdeutschen Arbeitskräfte beeinflusst werden.

Für die Vollzeitbeschäftigten mit Berufsausbildung zeigen sich zugleich starke geschlechtsspezifische Unterschiede. Frauen mit Berufsabschluss haben ein deutlich höheres Risiko, nur eine Niedriglohnbeschäftigung zu finden, als Männer. Auffallend ist aber ebenso, dass bei den Männern ein deutlich stärkerer Anstieg in den letzten zehn Jahren zu verzeichnen ist. Der Anteil der im Niedriglohnsektor beschäftigten Männer mit Berufsausbildung ist innerhalb von zehn Jahren doppelt so stark gestiegen wie bei den Frauen.

Die Lohnungleichheit ist sowohl im unteren als auch im oberen Bereich der Erwerbseinkommen gestiegen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine IAB-Untersuchung zur generellen Entwicklung der qualifikationsspezifischen Lohnunterschiede. Danach konnten Hochqualifizierte teilweise deutliche Reallohnzuwächse verzeichnen, während Geringqualifizierte „seit etwa 1990 Reallohnverluste hinnehmen (mussten), die sich ab 2005 nochmals verstärkten“³. Die Kaufkraft der Löhne für Geringqualifizierte ist auf das bereits Mitte der 80er Jahre erreichte Niveau zurückgefallen. Von der zwischenzeitlichen Wohlstandssteigerung konnten sie nicht profitieren. „Auch Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung verzeichneten zwischen 1990 und 2003 keine Reallohnzuwächse und mussten danach ebenfalls einen Rückgang hinnehmen“⁴.

³ J. Möller, Qualifikationsbedingte Lohnunterschiede. Wer kriegt wie viel Butter aufs Brot? in: IAB-Forum 1/2011, S. 9

⁴ ebenda: S. 9

Die realen Verdienste von Universitätsabsolventen sind demgegenüber seit 1984 um etwa 22 Prozent gestiegen.

Die hohe Zahl und der steigende Anteil an Niedriglohnempfängern mit Berufsabschluss passen nicht zu den Klagen über Fachkräftemangel. Sie sind eher Indiz dafür, dass die Qualifikationspotentiale vieler Niedriglohnempfänger nicht adäquat abgerufen werden bzw. nicht qualifikationsgerecht vergütet werden.

4. Branchenspezifischer Niedriglohnsektor

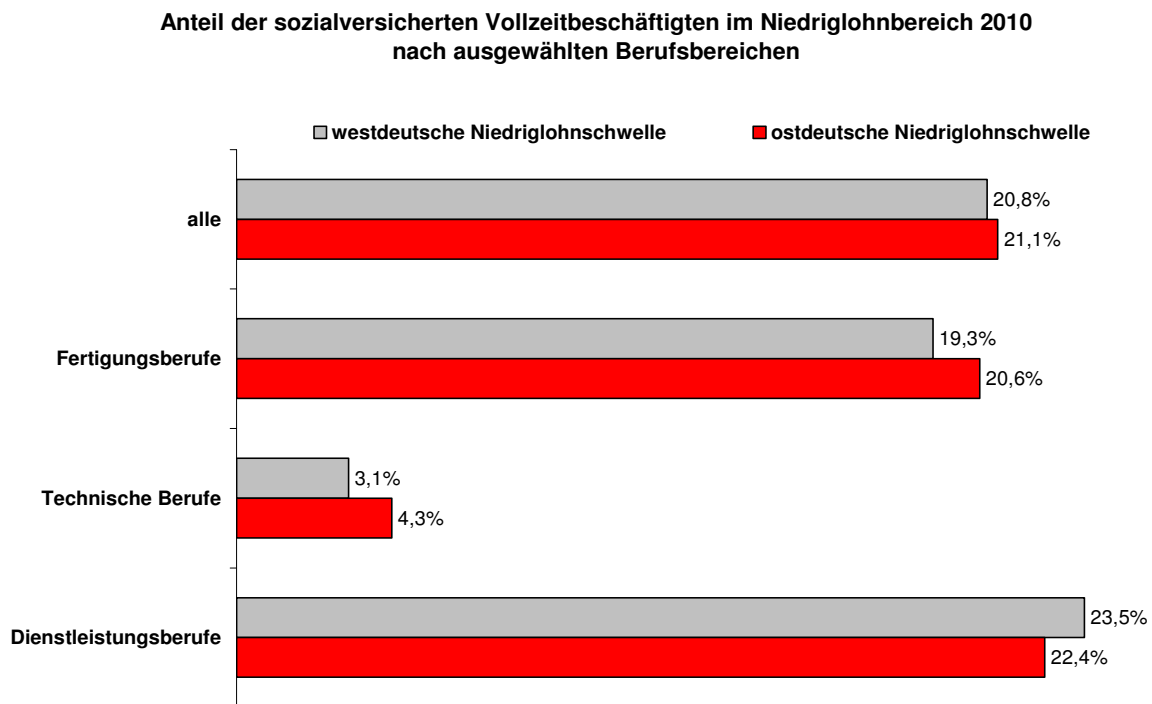
Die Wahrscheinlichkeit, ein Entgelt unterhalb der jeweiligen Niedriglohnschwelle zu erhalten, steht in engem Zusammenhang mit der ausgeübten Tätigkeit und der Branche, wo man arbeitet. So ist das Niedriglohnrisiko in den Dienstleistungsberufen überdurchschnittlich hoch. Vergleicht man beide Landesteile, so ist das Phänomen des Niedriglohnsektors im westdeutschen Dienstleistungssektor noch von etwas größerer Bedeutung als im Osten. 23,5 % aller den Dienstleistungsberufen zugeordneten Vollzeitbeschäftigten lagen mit ihrem Bruttoverdienst unterhalb der westdeutschen Niedriglohnschwelle; absolut waren dies gut 2,3 Mio. Vollzeitbeschäftigte. Der Strukturwandel hin zu den Dienstleistungsberufen trägt folglich unmittelbar zur Ausbreitung des Niedriglohnsektors bei.

Bei einer differenzierteren Betrachtung der Wirtschaftszweige werden noch größere Unterschiede sichtbar. In der Land- und Forstwirtschaft liegt der Bruttolohn von über 50 % der westdeutschen Vollzeitkräfte unter der dortigen Niedriglohnschwelle. Im westdeutschen Handel, dem Gastgewerbe sowie dem Verkehrs- und Kommunikationssektor liegt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten insgesamt bei 27,6 % (Osten = 28,3 %). Im Produzierenden Gewerbe liegt die Niedriglohnquote deutlich niedriger und zwar bei 10,4 % im Westen und 12,5 % im Osten. Das Niedriglohnrisiko in diesem Wirtschaftszweig ist damit nicht einmal halb so hoch wie im dienstleistungsorientierten Handel, Gast- und Verkehrssektor. Dabei sind diese Dienstleistungsbranchen meist auf den Binnenmarkt ausgerichtet und das Produzierende Gewerbe ist stärker exportorientiert; auch wenn diese Betriebe in einem schärferen internationalen Wettbewerb stehen, wird viel seltener so schlecht entlohnt als in Dienstleistungsbranchen.

Eine ergänzende Auswertung des Statistischen Bundesamtes ermöglicht eine feingliedrigere Betrachtung der Wirtschaftszweige. Besonders hoch war danach der Anteil der Vollzeitbeschäftigten mit Niedriglohn bei Friseurinnen und Friseuren (85 %), Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern (77 %), Beschäftigten in Wäschereien und chemischen

Reinigungen (65 %), der Gastronomie (63 %), Hotellerie (61 %) sowie in der Gebäudereinigung (56 %)⁵. Zu berücksichtigen ist dabei, dass Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten hier nicht einbezogen sind, die tendenziell einen etwas höheren Anteil an Niedriglöhnern haben.

Schaubild 5:



Quelle: eigen Darstellung nach Entgeltstatistik der BA für 2010

5. Aufstiegschancen für Niedriglohnverdiener

Für die Befürworter des Niedriglohnsektors sind Niedriglöhne Einstiegslöhne, die Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte eröffnen. Tatsächlich jedoch hat die Mehrzahl der Niedriglohnempfänger eine abgeschlossene Berufsausbildung. Zudem sind die Arbeitsverhältnisse im unteren Entlohnungsbereich häufig instabil und das Risiko der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch; dies fördert keinesfalls eine längerfristige und aufstiegsorientierte Eingliederung. Oftmals wird ausgeblendet, dass Normalverdiener nicht nur in den Niedriglohnsektor abrutschen, sondern auch arbeitslos werden könnten. „Die meisten neu hinzukommenden Geringverdiener waren im Jahr zuvor übrigens keineswegs arbeitslos“, so Möller.

⁵ Statistisches Bundesamt: Verdienste und Arbeitskosten 2008, Wiesbaden 2009, S. 23

IAB-Untersuchungen auf Basis von Sozialversicherungsdaten zeigen ein relativ pessimistisches Bild. In einer Verbleibanalyse zeigte sich, dass nur gut ein Achtel der Geringverdiener/innen im unterbuchten Sechs-Jahres-Zeitraum als Vollzeitbeschäftigte der Niedriglohnfalle entkommen konnte⁶. Jüngere, besser ausgebildete Geringverdiener sowie Männern gelang der finanzielle Aufstieg dabei eher als Frauen, Älteren und Geringqualifizierten.

Die Ergebnisse auch anderer Studien geben klare Hinweise darauf, dass eine Niedriglohtätigkeit nur vergleichsweise selten als Sprungbrett zum Aufstieg in eine bessere Verdienstmöglichkeit genutzt werden kann. So verweist Kalina (IAQ) darauf, dass – auch nach dem sozioökonomischen Panel – der Aufstieg aus dem Niedriglohnsektor zwischen 2000 und 2005 lediglich einem Sechstel der Vollzeitbeschäftigten gelang, während 32 Prozent weiterhin im Niedriglohnsektor arbeiteten⁷. Eine weitere IAB-Untersuchung aus 2005 kommt zu dem Ergebnis, dass „die Aufstiegsmobilität... in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zurückgegangen (ist). Dieser Trend stellt auch im internationalen Vergleich eine Besonderheit dar.“⁸

Eine aktuelle Studie zu Berufswechslern in Deutschland und Großbritannien zeigt gleichfalls, dass berufliche Mobilität längst nicht immer mit besseren Einkommenschancen einhergeht. Vielmehr gehen „bei einem Berufswechsel in Deutschland in der Regel Einbußen in Lohnwachstum voraus, gleichgültig, ob es sich um einen freiwilligen Wechsel handelt oder nicht. Nach dem Wechsel steigen die Löhne zwar wieder, die Entwicklung bleibt aber hinter der bei den Nichtwechslern zurück.“⁹ An anderer Stelle schreiben die Autoren, dass der Berufswechsel in Deutschland vorrangig den Hochqualifizierten hilft; „die Gehaltseinbußen, die man vor dem Berufswechsel in den aggregierten Daten findet, gehen (hingegen W. A.) nahezu ausschließlich auf Personen ohne Berufsausbildung zurück“.¹⁰

Insgesamt legen die Studien meist nahe, dass Niedriglohnbeschäftigte mehrheitlich in diesem Sektor für längere Zeit „gefangen“ sind bzw. nur eine instabile Integration gelingt mit wechselnden Phasen von Niedriglohnbezug, Arbeitslosigkeit bzw. Rückzug vom Arbeitsmarkt. Nur für einen relativ kleinen Teil der Niedriglohnbeschäftigten gelingt der finanzielle Aufstieg.

⁶ vgl. Schank, Th. u.a. Niedriglohnbeschäftigung, Sackgasse oder Chance zum Aufstieg: IAB-Kurzbericht 8/2008, S. 1

⁷ vgl. Kalina, Th.: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland: Sprungbrett oder Sackgasse, in: Arbeit, Jg. 17 (2008), Heft 1, S. 21 ff

⁸ Rhein, Th. u. a.: Niedriglohnsektor: Aufstiegschancen für Geringverdiener verschlechtert, IAB-Kurzbericht 3/2005, S. 1

⁹ Nisic, N. u. a.: Lohnentwicklung 1994 bis 2008, Berufswechsler in Deutschland und Großbritannien

¹⁰ Nisic, N. und Trübswetter, P.: Lohnentwicklung von Berufswechslern in Deutschland und Großbritannien, in: IAB-Forum 1/2011, S. 66 f

6. Armutsgefährdung im Niedriglohnsektor

Auch innerhalb des Niedriglohnsektors streuen die Erwerbseinkommen und es zeigt sich eine deutliche Lohnspreizung. Gut eine Mio. sozialversicherte Vollzeitbeschäftigte erzielten sogar nur ein Bruttomonatsentgelt von bis zu 1.000 €. Dies entspricht einem Anteil von fünf Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, wobei Auszubildende erneut nicht einbezogen sind. Etwa ebenso viele Beschäftigte kamen lediglich auf einen Bruttoverdienst von 1.000 € – 1.300 € monatlich. In der Einkommensklasse bis 1.300 € brutto waren folglich gut zwei Mio. bzw. 10,3 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten tätig. Armutsgefährdung trotz Vollerwerbstätigkeit ist keinesfalls eine zu vernachlässigende Größe.

Ein Bruttoerwerbseinkommen von 1.000 € brutto im Monat unter Berücksichtigung aller anteiligen Sonderzahlungen verteilt auf 12 Monate entspricht bei einer 38,5 Std./Woche einem Stundenlohn von nur etwa 6 € brutto die Stunde; bei einem Bruttoerwerbseinkommen von durchschnittlich 1.300 € liegt der Stundenlohn bei 7,85 €, von dem noch Sozialabgaben und evtl. noch Steuern gezahlt werden müssen. Zwar hat sich die Zahl jener Vollzeitbeschäftigten am unteren Ende der Armutslöhne mit weniger als 1.000 Euro brutto im Monat im Zeitablauf verringert und zwar um 17,4 Prozent im Beobachtungszeitraum. Dies kann allerdings keinesfalls beruhigen, wenn man gleichzeitig einen Anstieg des Verbraucherpreisindex von 18 Prozent berücksichtigt.

Tabelle 2:

Sozialversicherte Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit einem monatlichen Bruttoarbeitsentgelt unter 1.500 €, 2010

Bruttomonatsentgelt	West		Ost		insgesamt	
	absolut	in v. H. d. Beschäftigten	absolut	in v. H. d. Beschäftigten	absolut	in v. H. d. Beschäftigten
bis 1.000 €	745.090	4,5	291.927	7,5	1.037.017	5,1
über 1.000 bis 1.100 €	170.819	1,0	118.388	3,0	289.207	1,4
über 1.100 bis 1.200 €	235.375	1,4	129.401	3,3	364.776	1,8
über 1.200 bis 1.300 €	273.074	1,6	154.560	3,9	427.634	2,1
über 1.300 bis 1.400 €	291.835	1,8	168.683	4,3	460.518	2,2
über 1.400 bis 1.500 €	308.878	1,9	176.267	4,5	485.145	2,4
insgesamt	2.025.071	12,2	1.039.226	26,6	3.064.297	14,9

Quelle: eigene Berechnung nach BA-Entgeltstatistik 2010

Nominal verdienen in einzelnen Branchen überdurchschnittlich viele Vollzeitbeschäftigte allenfalls bis zu 1.000 € brutto im Monat. Im westdeutschen Einzelhandel waren dies Ende 2010 beispielsweise 8,1 Prozent aller Vollzeitkräfte, bei Post- und Kurierdiensten 6,3 Prozent, in der Gastronomie sogar 26,5 Prozent, bei Rechts- und Steuerberatern 7,0 Prozent, in der Leiharbeit 4,9 Prozent, bei Reisebüros 6,9 Prozent, bei Wach- und Sicherheitsdiensten 6,7 Prozent, im Gesundheits- und Sozialwesen 6,8 Prozent.

Ein niedriger Verdienst führt nicht zwangsläufig zu Armut bzw. Armutsgefährdung sondern erst dann, wenn das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen die Existenzsicherung nicht sicherstellen kann. Die Erwerbssituation muss deshalb im Haushaltszusammenhang gesehen werden und neben dem Nettoverdienst auch andere Einkommensbestandteile – wie Transferleistungen – und die Größe des Haushalts sowie das Alter von Kindern berücksichtigen.¹¹ Wird das Haushaltseinkommen von mehreren Niedriglohneempfängern erwirtschaftet, ist das finanzielle Armutsrisiko deutlich niedriger als für Alleinverdiener mit relativ niedrigem Verdienst. Etwa zwei Fünftel übt nur eine Erwerbstätigkeit aus und ein ebenso großer Anteil lebt in Haushalten mit mindestens einem/einer weiteren Vollzeitkraft.

In Gut 13 Prozent der Haushalte wird neben einem Normalarbeitsverhältnis mindestens eine atypische Beschäftigung ausgeübt, wozu auch befristete Beschäftigte zählen. Auch bei Niedriglohneempfängern dürfte das Haushaltseinkommen oftmals durch Erwerbseinkommen weiterer Haushaltsmitglieder oder einem Zweit- oder Drittjob von Geringverdienern aufgestockt werden. Das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen sinkt daher nicht so schnell unter die Armutsschwelle wie bei Haushalten mit nur einem oder mehreren atypisch Beschäftigten. Soweit nicht mehrere Erwerbstätige zur Existenzsicherung beitragen können, ist die Armutsgefährdung für Vollzeitbeschäftigte keinesfalls gering; das zeigen Daten des Statistischen Bundesamtes für 2008. Danach betrug das Armutsrisiko für Normalarbeitnehmer ohne weitere Erwerbstätige im Haushalt sechs Prozent. Zu berücksichtigen ist dabei, dass auch Vollzeitbeschäftigte mit befristetem Arbeitsvertrag bzw. der Leiharbeit nicht einbezogen sind, die ein relativ hohes Verarmungsrisiko haben.

¹¹ Als armutsgefährdet gilt nach der Definition der Europäischen Union und den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten jene als arm, die in einem Haushalt leben, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu

7. Schlussbemerkung

Die Einkommensunterschiede zwischen den Erwerbstätigen vergrößern sich. Insbesondere die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen steigen; aber auch bei den Arbeitnehmereinkommen hat sich die finanzielle Schere zunächst schleichend und in den letzten Jahren sichtbar geöffnet.

Prekäre Beschäftigung – wie Leiharbeit und Minijobs – breiten sich aus, die häufig zu niedrigen Stundenlöhnen arbeiten. Doch auch bei Vollzeitkräften sind niedrige Verdienste keine Seltenheit (mehr).

Geringe Bezahlung und unsichere längerfristige Perspektiven sind keinesfalls auf Randbereiche des Arbeitsmarktes begrenzt, sondern erfassen teils auch Kernzonen der Arbeitswelt. In einzelnen Branchen – wie der Gastronomie, der Leiharbeit, der Gebäudereinigung oder auch der Zahnarztpraxen – sind 60 Prozent und mehr der Vollzeitkräfte im Niedriglohnsektor tätig. Von diesen Veränderungen sind vor allem Beschäftigte ohne berufsqualifizierenden Abschluss negativ betroffen. Fast ein Drittel dieser Beschäftigtengruppe ist im Niedriglohnsektor tätig. Doch absolut haben viermal mehr Niedriglohnempfänger eine Berufsausbildung.

Beschäftigte mit Berufsausbildung stellen die Mehrzahl der Niedriglohnempfänger. Trotz beruflicher Qualifizierung hat sich der Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte mit niedriger Bezahlung nahezu kontinuierlich erhöht. Auch eine berufliche Qualifizierung schützt längst nicht in jedem Fall vor schlechter Entlohnung. Insgesamt sind etwa 600.000 Vollzeitbeschäftigte mehr im Niedriglohnsektor tätig als noch in den Jahren von 1999 bis 2004/2005.

Der Niedriglohnsektor ist bei uns in den letzten Jahren weit stärker expandiert als in der Mehrzahl der OECD-Länder.

Die wachsende Ungleichheit bei deutschen Erwerbseinkommen geht einher mit einer steigenden Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Die Chancen, aus dem Niedriglohnsektor in besser bezahlte Jobs aufzusteigen, sind relativ gering und haben sich im Zeitablauf eher verschlechtert. Billiglöhne sind keinesfalls die Eintrittskarte in einen arbeitsmarktpolitischen Aufzug nach oben. Viel häufiger als der Einstieg in besser bezahlte Tätigkeiten ist eine

machen, werden alle Haushaltseinkommen unter Bedarfsgesichtspunkten gewichtet und auf Pro-Kopf-Einkommen umgerechnet.

Verfestigung der Niedriglohnfalle bzw. steigende Instabilität mit häufigem Wechsel zwischen schlechter Entlohnung, Arbeitslosigkeit und vorübergehendem Rückzug vom Arbeitsmarkt.

Der Niedriglohnsektor ist kein breites Sprungbrett für gute Arbeit, sondern droht vielmehr die Armutsgefährdung zu erhöhen. Zwar sind Vollzeitbeschäftigte weniger von Armut bedroht als andere Erwerbsgruppen, doch steigt die Armutsgefährdung auch bei ihnen. Die Belebung des Arbeitsmarktes hat daran bisher nichts ändern können.

Die Ungleichheit der Einkommen geht aber nicht nur mit einer Zunahme der Erwerbstätigen am unteren Ende einher, sondern zugleich mit einem wachsenden Anteil der Bevölkerung am oberen Ende der Einkommensskala. Während man unten oftmals reale Einbußen verkraften muss und finanziell den Gürtel eher enger schnallen muss, konzentriert sich Wachstum stärker auf die oberen Schichten bzw. jene, die sehr gerne Enthaltbarkeit bei anderen predigen.

Die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens verändert sich, wenn sich die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen weiter verschärft und viele im Niedriglohnsektor „gefangen“ bleiben.